

Die Fürsorgerinnen waren froh, die Kinder überhaupt irgendwo unterbringen zu können, deshalb war vielerorts die Qualität der Unterkunft denkbar schlecht, wie das Jugendamt selbst einräumen musste: „Daß die Eltern und Kindesmütter eine gewisse Skepsis in der Vermittlung ihrer Kinder auf ländliche Pflegestellen äußern, kann nicht von der Hand gewiesen werden, weil deren Güte bisweilen zu wünschen übrig läßt.“⁵⁰

Anfang 1970 hatte sich die Lage nicht wesentlich verändert. Das Stadtjugendamt bedauerte nach wie vor das knappe Angebot im Stadtgebiet, daher war es „für jede namhaft gemachte gute Pflegestelle dankbar.“⁵¹

Die Bezirkshauptmannschaft Landeck forderte in regelmäßigen Abständen vergeblich ein Kleinkinderheim bis zum sechsten Lebensjahr für die westlichen Bezirke Tirols, die Bezirkshauptmannschaft Kitzbühel urgierte für Kleinkinder, aber auch für Jugendliche und die Nachbetreuung „ein Heim in der Art der Kinderaufnahmestelle der Gemeinde Wien“. Sie schlug die Errichtung eines Durchgangsheims in Innsbruck vor, oder zumindest eine Abteilung für eine vorübergehende Aufnahme von Kindern und Jugendlichen, angegliedert an ein bereits bestehendes Heim.⁵² Der Mangel an freien Heimplätzen und Pflegefamilien in Innsbruck erzeugte einen Rückstau, der durch eine Verschiebung von Stadtkindern aufs Land abgefedert wurde. Mit Ausnahme von Osttirol fehlten aber auch in den Bezirken Pflegeplätze, „insbesondere für Kleinstkinder“, so die Bezirkshauptmannschaft Innsbruck-Land.⁵³ Pflegeplätze fanden sich am Land, weitaus seltener in den Bezirksstädten. Das Jugendamt Lienz betonte, dass Osttirol „von jeher“ als besonders aufnahmefreudig bekannt sei. Eher einem Wunschdenken und der Legitimation für die Unterbringung vieler auswärtiger Kinder auf Bauernhöfen im Bezirk Lienz entsprach die Behauptung, dass die Pflegeplätze in der Regel nicht nur „gut und wertvoll“ waren, sondern dass die erzieherischen Fähigkeiten der Pflegeeltern den Ansprüchen gerecht wurden, auch wenn der Landbevölkerung die Zeit fehle.⁵⁴ Aus dem strukturschwachen Bezirk Landeck meldeten sich Private, die sich beim Stadtjugendamt Innsbruck als Pflegeeltern anboten. Zudem warb die städtische Fürsorge in den Bezirken und bot höhere Pflegesätze, als dies ortsüblich war. Dieser Zuzug „bezirksfremder Kinder“ war in vielen Bezirken angesichts eigener Pflegeplatzwerbung bei wenigen freien Pflegestellen nicht gerne gesehen.⁵⁵ Die Bezirksfürsorgeämter mussten ihre Sätze im Rahmen ihrer Politik, Einzelvereinbarungen mit den Pflegeeltern auszuhandeln, um möglichst niedrige Pflegegelder zu zahlen, moderat erhöhen.⁵⁶ Das Jugendamt Kitzbühel lamentierte, dass selbst bäuerliche Pflegestellen nur mehr selten für das geringe Entgelt, das es bot, zu bekommen waren, vor allem, wenn es sich um Säuglinge handelte. Die Mütter waren darauf angewiesen, ihre Kinder noch häufiger bei näheren und weiteren Verwandten bzw. Bekannten unterzubringen, weil sie die „verhältnismäßig hohe Zahlung“ nicht aufbringen konnten. Schließlich waren ja sie es, die im höchst-

möglichen Maß zur Begleichung der Kosten für die Fremdunterbringung aufzukommen hatten. Das Jugendamt nahm es in Kauf, dass aus seiner Sicht „in vielen solchen Fällen nicht der sonst übliche Maßstab für empfehlenswerte Pflegestellen anwendbar“ war, schon allein, weil es diesen armen Familien an „gesunden und ausreichenden Wohnräumen“ fehlte.⁵⁷ In der ersten Hälfte der 1950er Jahre nahm die Zahl der Bauernfamilien auch in Bezirken wie Lienz und Imst, die ohne Pflegegeldzuwendungen bereit waren, Kinder aufzunehmen, ab. Sich für Kost und Logis allein mit der Arbeitskraft der Pfleglinge zufrieden zu geben, erschien immer weniger Bauern attraktiv genug. Bauernfamilien, die nur Bekleidungshilfe und Schulgeld erhielten, hatten ein besonders hohes Interesse daran, aus dem Pflegling einen Knecht oder eine Magd zu machen. Der Kommentar des Jugendamtes Lienz entbehrte nicht eines gewissen Zynismus: „Vielfach werden Kinder unentgeltlich aufgezogen und erhalten dann, wenn sie aus der Schule sind, keinen Lohn. Der Bauer hält sie auch in dieser Beziehung seinen eigenen Kindern gleich.“⁵⁸ So sei es „bisher vielfach vorgekommen, dass Pflegekinder, die bei Bauern aufwachsen, auch nach der Schulentlassung weiterhin verblieben sind, ohne dass sie einen Lohn erhalten haben oder zumindestens bei einer Krankenkassa versichert sind“.⁵⁹

Die Fürsorgebehörden trieben die Unterbringung an privaten Pflegestellen, insbesondere am Land, nicht nur wegen des Pflegeplatzmangels voran – obwohl das Niveau in vielen Fällen nicht entsprach und die Qualität der Unterbringung auf Bauernhöfen nicht einmal jene in einer durchschnittlichen Arbeiterfamilie in Innsbruck erreichte: Die Kinder- und Jugendfürsorge war nicht ausreichend finanziell ausgestattet, Pflegefamilien kamen der Stadt weitaus billiger als Heimplätze. Für die Jugendämter in Tirol war aber genauso offensichtlich, dass nicht nur sie, sondern auch die überwiegende Mehrheit der Pflegefamilien ökonomische Motive hatte, ein Kind aufzunehmen. Doch daran stießen sie sich kaum, auch wenn bisweilen in internen Berichten Klage geführt wurde. Pflegeeltern in Innsbruck nutzten die Pfleglinge als zusätzliche Einkommensquelle und Haushaltshilfe, in ländlichen Pflegestellen war es neben dem finanziellen Beitrag der Mütter, teils auch der Väter, und der Stadt Innsbruck die Arbeitsleistung am Hof, die die Aufnahme von Pflegekindern interessant machte. Körperlich beeinträchtigte und schwache Kinder kamen für eine Vermittlung in eine Pflegefamilie ebenso wenig in Frage wie Kinder, die das Jugendamt oder die medizinischen ExpertInnen als „seelisch schwer geschädigt“ oder zu verwahrlost einstufen. Diese Minderjährigen wussten die Behörden in einem Kinder- und Erziehungsheim besser aufgehoben. Die Fürsorgebehörde stellte mit Blick auf die Fremdunterbringung am Land klar: „Für verwöhnte oder auch gesundheitlich schwächliche Kinder sind diese Pflegestellen in der Regel nicht geeignet.“⁶⁰

Die Bezirksjugendämter berichteten ausführlich darüber, aus welchen Gründen Bauernfamilien Pflegestellen anboten. Notorischer Mangel an Geld und Arbeits-

kräften war es, der sie nach Pflegekindern Ausschau halten ließ,⁶¹ am liebsten waren ihnen Kinder in einem Alter, in dem sie sich nützlich machen konnten,⁶² und Kinder, um die sich niemand kümmerte: „Die Bauern rechnen ja auch mit der Hilfe, die sie einmal später von dem Pflegekind zu erwarten haben.“⁶³ Mädchen und Buben ab neun Jahren wären leicht unterzubringen, vor allem wenn die Bauernfamilien damit rechneten, dass die Pflegekinder als künftige LandarbeiterInnen am Hof blieben.⁶⁴ Ansonsten wäre der Erfolg in der Werbung um Pflegeplätze eine Frage des Pflegegeldes.⁶⁵ Jugendämter sprachen davon, dass Pflegeplätze für Kleinkinder am ehesten bei einkommensschwachen Bauernfamilien gewonnen werden konnten, „die das monatliche Bargeld“ locke.⁶⁶ Waren Kinder in der Lage am Hof mitzuarbeiten, trachteten sie danach, sich das Kleidergeld zu sparen, das sie in diesen Fällen im Pflegekostensatz beinhaltet sahen.⁶⁷ Was Jugendämter auf diese Weise förderten, stimmte sie gleichzeitig bedenklich. Da sich die Gebirgsbauern von der Erwägung leiten lassen würden, gute Arbeitskräfte heranzubilden, sei auf ländlichen Pflegestellen „immer die Gefahr gegeben, dass die Pflegekinder über die Gebühr zur Arbeit herangezogen werden“.⁶⁸

Innsbrucker Pflegekinder, die am Land untergebracht waren, befanden sich meist auf kleinen Höfen in strukturschwachen Regionen. Aufgrund des Mangels an LandarbeiterInnen und fehlender finanzieller Mittel herrschte dort eine Kluft zwischen den Produktionserfordernissen und den notwendigen Arbeitskräften. So waren es die Familienangehörigen, die die anfallenden Arbeiten im Kampf um die bäuerliche Existenz zu bewältigen hatten – mit der bitter benötigten Hilfe der Pflegekinder. Zwischen 1950 und 1970 mussten in Tirol 2.941 kleinbäuerliche Höfe mit bis zu zehn Hektar Grundfläche ihren Betrieb einstellen.⁶⁹ Ein weiterer starker Trend war die Ausweitung der Nebenerwerbslandwirtschaft. Dies bedeutete eine massive Mehrbelastung der Frauen, die Männer mussten einen wesentlichen Teil ihrer Freizeit und ihres Urlaubs als Arbeitnehmer in die Landwirtschaft investieren. Noch 1960 waren über 60 % der Bauernhöfe in Tirol ohne Traktoren.⁷⁰ Doch trotz „erhöhtem Fleiß und größerer Genügsamkeit“ reichte der Ertrag des Hofes oft nicht aus, viele mussten aufgeben.⁷¹ In diese Bedarfslücke stieß die Aufnahme von Pflegekindern am Land, die, wie in anderen Bundesländern auch, eine spezifische Kultur vorfanden: „Wer sich den täglichen Arbeitsverpflichtungen bedingungslos fügt, gilt als ‚brav‘: wer seine persönlichen Gefühle artikuliert, rührt an den ungeschriebenen Gesetzen des Hofes. Ständig ermahnen die immergleichen Worte zum Gehorsam: ‚Da gehst her! Dort bleibst! Ruhig bist!‘“⁷²

In Tirol gibt es nicht nur eine lange Tradition, dass Mägde ihre unehelichen Kinder in fremde Pflege auf Bauernhöfen geben mussten, auch Arbeiterinnen suchten sich Bauernfamilien, in die sie zeitweilig ihre Kinder unterbrachten, um einer Erwerbsarbeit nachgehen zu können. Nicht nur in der unmittelbaren Nachkriegs-